



קהילה בדרלין

JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN
KÖRPERSCHAFT
DES ÖFFENTLICHEN RECHTS
ORANIENBURGERSTRASSE 28-31
10117 BERLIN

TELEFON (030) 880 28 210
E-MAIL: Dialog@jg-berlin.org

Antisemitismusbeauftragter

JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN • ORANIENBURGER STRASSE 28/31, 10117 BERLIN

**Bericht des Antisemitismusbeauftragten der
Jüdischen Gemeinde zu Berlin,
Sigmount A. Königsberg M.A.
im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales des
Abgeordnetenhauses von Berlin
am 18. Januar 2018**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Frau Senatorin,

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Zunächst denke ich Ihnen ganz herzlich, auch im Namen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dass Sie mir die Möglichkeit einräumen, Ihnen zu berichten.

Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen: „Antisemitismus ist Massenmord und muss dem Massenmord vorbehalten bleiben.“ So definiert Diether Dehm Antisemitismus. Damit wird – ob gewollt oder nicht - jede Hetze gegen jüdische Menschen legitimiert.

Im Jahre 2016 wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS 495 antisemitische Vorfälle gemeldet. Es ist anzunehmen, dass diese Zahl in 2017 übertroffen wurde und ich gehe davon, dass die Dunkelziffer noch um ein vielfaches höher liegt. Auf den ersten Blick hört sich das erst mal wenig an, in einer Stadt von 3,5 Millionen Einwohnern. Aber nicht die 3,5 Millionen sind meine Bezugsgröße, sondern unsere 10.000 Gemeindemitglieder. Das wirft schon ein ganz anderes Bild auf die Lage.

Antisemitismus fängt dann an, meine Damen und Herren, wenn jüdische Menschen ihre Identität nicht offen zeigen können, wenn sie befürchten müssen, wegen einer Kippa, wegen eines Davidsterns behelligt oder angegriffen zu werden. Dies ist für die allermeisten jüdischen Menschen eine Alltagserfahrung geworden.

Ebenso zu unseren Alltagserfahrungen gehören das Leugnen und Ignorieren von Antisemitismus. Ich rede nicht von Spinnern, sondern von Gerichtsurteilen wie das des Landgerichts Wuppertal, das einen Brandanschlag auf eine Synagoge nicht per se als Antisemitismus ansah oder auch Schulleitungen, wie beispielsweise die einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf, wo zu einer jüdischen Lehrerin gesagt wurde: „Nun seien Sie mal nicht so empfindlich!“

In dem Bericht des Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages, der im April 2017 vorgelegt wurde, wurde eine Befragung der jüdischen Bevölkerung

Deutschlands veröffentlicht. 76% der Befragten gaben an, Antisemitismus als großes oder sehr großes Problem zu empfinden, 78% sagten, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen habe und sogar 83% befürchten, dass er in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Fast jeder Jude, fast jede Jüdin macht antisemitische Erfahrungen, mit Diskriminierung und Ausgrenzung. Manche sind so alltäglich, dass man schon darüber hinweg sieht. Es fängt damit an, dass viele Menschen Jüdinnen und Juden nicht als Deutsche ansehen. Nicht minder alltäglich sind Forderungen nach einem sogenannten Schlusstrich. Und ein „Du Jude!“ wird nur noch überhört.

In der Forschung werden folgende Formen des Judenhasses unterschieden: Religiös motivierter Antijudaismus, „rassisch“ begründeter Antisemitismus, der sogenannte sekundäre Antisemitismus – der sich auf den Holocaust, dessen Leugnung bzw. Relativierung bezieht und die Erinnerung an die Schoa in Frage stellt und zuletzt noch die virulenteste Form, der israelbezogene Antisemitismus. Die Grenzen sind dabei fließend. So berühren sich sekundärer und israelbezogener Antisemitismus, wenn Israel mit Nazi-Deutschland verglichen wird. Oder die Mythen des Mittelalters leben heute in Form des Vorwurfes der Brunnenvergiftung oder mit „Kindermörder Israel“ wieder auf.

Meine Damen und Herren, Heinrich Heine schrieb einst „wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“

Heute könnte man ohne weiteres sagen: „wo man Davidsterne verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ Das hört sich sehr pathetisch, gar übertrieben an, hat aber leider Gottes einen realen Hintergrund:

Wenige Tage nach der Demonstration am Brandenburger Tor, wo ein Davidstern verbrannt wurde, wurden zwei Jungs, 9 und 11 Jahre alt, die miteinander Hebräisch sprachen, auf einem Charlottenburger Spielplatz von Jugendlichen mit Feuerwerkskörper beschossen. Einer der Jugendlichen versuchte sogar, die Haare des einen Jungen mittels eines Feuerzeugs anzuzünden.

Oder: im Mai 2017 wurde versucht, eine israelische Fahne anzuzünden, die eine 60 Jahre alte Frau auf ihre Schulter gelegt hatte.

An der Weddingener Ernst Reuter Oberschule wurde einem Jungen folgendes entgegengeschleudert: „Wallah, Hitler war gut! Denn er hat die Juden umgebracht! Er war ein guter Mann!“

Meine Damen und Herren, um es zu verdeutlichen: Es sind nicht nur Worte, den Worten folgen auch Taten. Es darf nicht so weit kommen wie in Paris, wo Menschen ermordet wurden, weil sie Juden sind.

Über die Demonstrationen im Dezember ist viel berichtet worden, nur so viel: Die Politik ist gefordert, ein angstfreies Zusammenleben aller zu ermöglichen. Und aus diesem Grunde ist es notwendig, dass Hasskundgebungen, ebenso wie Terrorpropaganda und antisemitische Ausfälle, von vornerein unterbunden werden. Meinungs- und

Demonstrationsfreiheit sind völlig zu Recht ein sehr hohes Gut unserer Verfassung, unserer Gesellschaft. Aber die Freiheit des einen endet da, wo die Freiheit des anderen beeinträchtigt wird: Der Ruf „Chaibar, Chaibar, ya yahud, dschaisch Mohammed saya'du“, zu Deutsch: „Chaibar, Chaibar, oh ihr Juden! Mohammeds Heer kommt bald wieder!“ ist nicht mehr und nicht weniger als eine Todesdrohung.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Zentrale Orthodoxe Synagoge Joachimsthaler Straße sich in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms befindet. Schon mehrfach wurde die ungehinderte Religionsausübung von Beterinnen und Betern der Synagoge beeinträchtigt. Sei es dadurch, dass sie nicht über den Kurfürstendamm die Synagoge erreichen konnten. Sei es, dass wie im Juli 2014, Demonstranten diese Synagoge regelrecht belagerten und dabei „Jude, feiges Schwein“ riefen. Sei es, dass im April 2017 eine sogenannte Menschenkette unmittelbar vor dem G'ttesdienst direkt vor der Synagoge Joachimstaler Straße enden sollte –auch zunächst so genehmigt wurde – und erst aufgrund massiver Intervention rund 100 Meter vor der Synagoge endete. Als ob dies keine Beeinträchtigung des Zugangs zum G'ttesdienst darstellen würde.

Ja, das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Das heißt aber nicht, dass dieses Recht genau vor der Haustüre unserer Synagoge ausgeübt werden muss. Berlin ist groß genug, um die Rechte aller zu wahren. So wäre eine Verlegung der sogenannten Al-Quds Demonstration, die wahrscheinlich am 15. oder 16. Juni 2018 stattfinden wird, auf eine andere Route angebracht.

Ich erinnere an die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 20. September 2017 angenommene Arbeits-Definition Antisemitismus:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Es wäre schön, wenn das Land Berlin als erstes Bundesland diese Definition für Berlin übernehmen und in allen seinen Einrichtungen, allen Behörden und Verwaltungen sowie allen Bezirken und auch den landeseigenen Betrieben implementieren würde.

Eine besonders perfide Art des Antisemitismus ist der Boykott gegen Israel durch die BDS-Bewegung. BDS steht für „Boycott, Divestment and Sanctions“ – zu Deutsch „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Hier geht es nicht um einen Weg zum Frieden im Nahen Osten, sondern einzig und allein um die Zerstörung Israels. Die Boykotteure, dies wird aus deren eigenen Erklärungen deutlich, erachten alle Gebiete seit 1948 als besetzt. Sie sind zu keiner Diskussion bereit, stattdessen unterdrücken sie jegliche Debatte. Alleine die Tatsache, dass sie im Juni 2017 die 82jährige Shoah-Überlebende Deborah Weinstein in SA-Manier niedergebrüllt haben, zeigt deren Demokratie- und noch mehr deren Menschenfeindlichkeit. Und zum Jahrestag der Nacht der brennenden Synagogen zum Boykott Israels aufzurufen ist eines Julius Streichers würdig. Zu dem

Thema haben sich Regierungs- und Oppositionsvertreter des Abgeordnetenhauses von Berlin eindeutig positioniert.

Und daher, verehrte Damen und Herren, angesichts des 80. Jahrestages der Pogromnacht, der im November dieses Jahres ansteht, stünde es Berlin gut zu Gesicht, dem Beispiel Münchens zu folgen, wonach BDS und BDS-nahe Organisationen weder vom Lande Berlin, noch von den Bezirken, noch von den Landeseigenen Betrieben finanzielle Mittel erhalten noch Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Es wäre zu begrüßen, wenn parteiübergreifend ein entsprechender Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin verabschiedet wird.

Ich komme zum Antisemitismus an Schulen zurück. Einen Fall habe ich soeben geschildert, aber er ist bei weitem nicht der einzige.

Aus Berichten ist mir bekannt, dass Kinder ihre jüdische Identität an öffentlichen Schulen verheimlichen. Sei es aufgrund elterlicher Mahnungen, sei es aufgrund von Hinweisen, die Eltern seitens der Schulleitung bekommen haben.

Meine Damen und Herren, es ist zu begrüßen, dass der Grundschullehrer Herr N., bis auf weiteres suspendiert wurde. Eine Person, die öffentlich behauptet, „die Geschichte des Holocaust ist eine Geschichte voller Lügen“ oder dass die Bundesrepublik Deutschland ein besetzter Staat sei, bekennt sich eben nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und darf daher Kinder nicht unterrichten. Und es ist eben nicht dessen „gutes Recht als Staatsbürger“, sich derart zu äußern – sogar dann, wenn dies ausschließlich außerhalb des schulischen Raums geschieht.

Wenn 40% der deutschen Schüler laut einer Studie der Hamburger Körber-Stiftung nicht wissen, was Auschwitz war, dann müssen die bisherigen pädagogischen Konzepte auf den Prüfstand gestellt werden. Grundsätzlich sind Besuche von KZ-Gedenkstätten zu begrüßen, aber – und das ist die *Conditio sine qua non* – die Besuche müssen äußerst sorgfältig vorbereitet, begleitet und nachbereitet werden. Einfach so einen Tag in Sachsenhausen oder Buchenwald zu verbringen wird keinen Effekt haben.

Zudem wäre es zu überlegen, Besuche von Gedenkstätten zu ergänzen. Ich weise ausdrücklich auf das Projekt „Zeugen der Shoah“ hin, das die FU Berlin zusammen mit der Spielberg Foundation anbietet. Fast tausend deutschsprachige Interviews mit Überlebenden und Zeugen der Shoah stehen den Schulen zur Verfügung. Das Berliner Touro-College bietet einen speziellen Master-Studiengang „Holocaust Communication and Tolerance“ an, dessen Absolventen besonders für die Vermittlung der Shoah qualifiziert sind.

Sowohl das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, sie ist einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland) als auch die KIGa, die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, bieten Fortbildungen und Supervisionen für Lehrerinnen und Lehrer anzubieten.

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit ist in allen Bezirken, in allen Stadtteilen, von Heiligensee bis Schmöckwitz, von Buch bis Wannsee, dringend erforderlich. Es ist an der Zeit, in Berlin vorhandene Ressourcen, Kompetenzen und Expertisen intensiver als bisher zu nutzen. Das kann sehr schnell geschehen.

Längerfristig muss die Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen völlig neu konzipiert werden. Bislang liegt der Fokus darauf, angehende Lehrkräfte zu befähigen, Fachwissen zu vermitteln. Natürlich muss dies auch in Zukunft gewährleistet sein. Aber aufgrund der veränderten Herausforderungen an den Schulen sollten die sozialen Skills der Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden. Die Schule muss ein geschützter Raum sein, in dem sich alle wohl fühlen. Keine Schülerin, kein Schüler darf gemobbt werden. Egal, ob wegen der Hautfarbe, Religion oder der sexuellen Orientierung. Daher sollten Pädagoginnen und Pädagogen lernen, soziale Konflikte bereits im Ansatz zu erkennen. Dazu müssten die entsprechenden Curricula der Hochschulen umgeschrieben werden.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin muss in die Lage versetzt werden, alle ihre Kinder zu unterrichten, vor allem die, die kein Gymnasium besuchen können. Wir – die Jüdische Gemeinde - stehen in der Pflicht, alle unsere Kinder und Jugendliche zu schützen, ihnen Raum zugeben, frei von antisemitischen Übergriffen lernen zu können. Unsere Kinder können nicht warten, bis die staatlichen Aus- und Fortbildungsprogramme greifen.

Der Umgang mit Antisemitismus ist und bleibt der Lackmустest für jede demokratische Gesellschaft. Edmund Burke sagte einst: „Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun!“ Das gleiche gilt auch hier. Passivität und Schweigen wird die Judenhasser aller Couleur ermuntern, Appeasement hat noch nie funktioniert. Von daher reicht die Verantwortung für ein gedeihliches Zusammenleben weit über die Politik hinaus. Hier ist die Zivilgesellschaft gefordert, indem sie klar stellt, dass sie Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus bannt.

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.